Haushaltsrede der PDS-Fraktion - Es gilt das gesprochene Wort -

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte!

Nach einer über fünf Monate währenden Diskussion haben wir heute eine Haushaltssatzung 2005 mit all ihren Bestandteilen – Haushaltsplan, Stellenplan, Finanzplan, Investitionsplan und Haushaltskonsolidierungskonzept – die es in sich haben, vor uns liegen. Welche Positionen bezieht nun die PDS-Fraktion dazu.

Bevor ich dazu komme, sei es mir als Vorsitzender des Finanzausschusses gestattet, einen Dank an alle Mitarbeiter der Verwaltung auszusprechen für die konstruktive Zusammenarbeit während der gesamten Zeit der Diskussion des Haushaltes – und da betone ich: des Haushaltes. Und ich danke auch all denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die entsprechende Zuarbeiten nach Fragen aus dem Finanzausschuss heraus aus den anderen Fachbereichen geliefert haben. Und die waren in aller Regel von Sachkenntnis geprägt und sind uns auch schnell – mit ganz wenigen Ausnahmen – zugegangen. Insgesamt sind diese Diskussionen sehr viel strukturierter als in den Jahren zuvor geführt worden, trotz allem Papierwust, der uns während dieser Sitzungen zugegangen ist. Aber daran werden wir – denke ich – für die nächsten Haushaltsberatungen im Jahre 2006 gemeinsam arbeiten.

Zurück zum Haushalt!

Er ist wie in den letzten Jahren immer auch in diesem Jahr defizitär – ca. 55 Mio. € fehlen im HH 2005. Und mit den Defiziten aus den Vorjahren werden zum 31.12.2005 insgesamt rund 236 Mio. € ungedeckt sein. Der Versuch, durch ein in den letzten Jahren durch den Rat beschlossenes HHKK das Defizit in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen abzubauen, ist als gescheitert anzusehen. Leider muss man sagen: ES MUSSTE SCHEITERN!

Gründe dafür gibt es einige:

- Vor allem die verschiedenen in der bisherigen Finanzplanung und den schon beschlossenen HHKK-Maßnahmen nicht kalkulierbaren Einnahmerückgänge trugen dazu maßgeblich bei.
- Gewerbesteuer gegenüber 2004 (- 2 Mio.) , Einkommensteuer (-2,1 Mio.), FAG-Zuweisungen (-7,3 Mio.) auf 159,5 Mio. (noch 2001 210,3 Mio.; d. h. -50 Mio.)
- Diese Einnahmeverluste konnten gerade einmal durch die absoluten Mehreinnahmen für die Stadt Halle aus den Hartz-IV-Gesetzen in Höhe von ca. 15 Mio. teilweise abgefangen werden: 442,8 Mio. gegenüber 438,8 Mio. in 2004
- Auch die absolute Ausgabensenkung durch Hartz IV in Höhe von ca. 15 Mio. konnte letztlich nicht das diesjährige Haushaltsloch verhindern
- Abgesehen von den sozialen Härten für die Hartz-IV-Betroffenen hat es auch für die wirkliche Verbesserung und deutliche Entlastung der finanziellen Situation der Kommunen nichts Entscheidendes gebracht.
- Sollte auch in den nächsten Jahren die Reduzierung der allgemeinen Finanzausgleich durch die Landesregierung weitergehen bzw. die geplanten Einnahmen hieraus bis 2012 nicht kommen - in diesem Jahr immerhin 7,3 Mio. € /im letzten Jahr 20 Mio. € - wird sich die Situation in unserer Stadt weiter zuspitzen. Das heute vorgelegte Maßnahmepapier zur Tilgung der Altdefizite wäre sofort Makulatur.
- Unsere eigenen Steuereinnahmen werden das nicht kompensieren können. Sie liegen gerade mal bei 22 % der Gesamteinnahmen des Haushaltes. Dabei ist Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen des Haushaltes in den letzten Jahren nicht gesunken. Dieser Umstand weist auf ein großes Problem hin. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte kann nicht durch eine Steuergesetzgebung erfolgen, die zu Lasten von Ländern und Kommunen geschieht, die letztlich nur eine Umverteilung von Unten nach Oben darstellt.

Eine dringend notwendige und umfassende Gemeindefinanzreform hat immer noch Ihrer Verwirklichung. Diese Situation drängt leider immer mehr Kommunen und so auch unsere Stadt, Leistungen für Bürger einzuschränken bzw. nicht mehr ausreichend finanzierbare Lasten auf die Bürger abzuwälzen. Die Steuergeschenke an die großen Konzerne zu Lasten der kleinen und mittelständischen Unternehmen und ebenso zu Lasten der Kommunen haben Null gebracht. Nicht einen Arbeitsplatz und keine Mehreinnahmen für Kommunen. Statt dessen Sozialabbau und weiterer Arbeitsplatzabbau sowie Privatisierung kommunalen Eigentums und Verlust der politischen Steuerung kommunaler Entwicklungsprozesse. Auf die Gegenleistungen der Begünstigten aus den Steuergeschenken warten wir bis heute leider noch immer vergebens. Die PDS ist nicht gewillt eine solche Politik auf kommunalpolitischer Ebene zu unterstützen. Einschnitte in den Bereichen der so genannten freiwilligen Leistungen sind auch in diesem HH durch das gesamte Spektrum hindurch zu verzeichnen. Anderen Fraktionen reichen die hier vorgenommenen Einsparungen immer noch nicht. Gleichwohl wissen auch wir dass in Zukunft auf Veränderungsprozesse in unserer Stadt im HH reagiert werden muss. Prioritäten müssen anders gesetzt werden.

Dabei sollten wir einige nicht wegzuwischende Tatsachen berücksichtigen und ernst nehmen: Unsichere Zukunftsaussichten und zunehmende Perspektivlosigkeit haben nicht wenige Menschen veranlasst, ihren Kinderwunsch zurückzustellen oder ihre Heimatstadt wegen eines Arbeitsplatzes oder einer Lehrstelle zu verlassen. Andere haben Halle den Rücken gekehrt, weil sie den Wunsch nach einem eigenen Haus in einer der Gemeinden im Stadtumland schneller und günstiger als in der Stadt erfüllen konnten. Dies hat nicht nur zu einem folgenreichen Bevölkerungsverlust geführt, sondern auch zu einer Verschärfung der Stadt-Umland-Konflikte beigetragen und Forderungen nach Zwangseingemeindungen verstärkt.

Seit der Wende ist die Bevölkerung unserer Stadt um ein Viertel geschrumpft. Ein anhaltendes Geburtendefizit und der Wegzug der jüngeren Generationen führen gleichzeitig zu einer starken Zunahme der älteren Menschen.

Die Folgen dieser demografischen Entwicklung werden unter dem Schlagwort „Schrumpfende Stadt“ zusammengefasst. Großer Wohnungsleerstand, Unterauslastung oder entstandene Überdimensionierung kommunaler Infrastruktur bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl derjenigen, auf die nach dem Solidarprinzip die Kosten verteilt werden, stehen wachsende Anforderungen nach seniorengerechtem Bauen, altengerechten Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, Pflegedienste, Ruhe- und Sicherheitsbedürfnissen, angepassten Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen und eine zunehmende Abhängigkeit vom ÖPNV gegenüber.

Es ist uns bewusst, dass sich die demographischen Prozesse nur mittelbar steuern lassen - durch eine kinder-, frauen- und familienfreundliche Politik, attraktive Arbeits- und Wohnmöglichkeiten, eine gesunde Umwelt sowie Angebote von Kultur-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten.

Aus diesen Feststellungen heraus müssen grundsätzliche politische Weichenstellungen vorgenommen werden, die wiederum ihren Niederschlag im Haushalt 2006 finden müssen.

Der PDS-Fraktion ist schon bewusst, dass sich Halle an einem Scheideweg befindet. Geht es bergauf oder bergab. Niemand will Sisyphus sein. Allerdings droht diese Gefahr weiterhin, weil niemand, auch nicht die OB, garantieren kann, dass unsere Einnahmen wie in der Finanzplanung kalkuliert, in den nächsten Jahren wirklich erzielt werden können. Sie aber sollen die Basis für alle Beschlüsse zum HHKK darstellen, einschließlich des 6-Punkte-Katalogs. Mit diesem Maßnahmenkatalog verschieben wir eigentlich die Debatte vom VWH in die Unternehmen und zu deren Lasten.

Für unsere Fraktion sind die jetzt vorliegenden Vorschläge/Maßnahmen zum Ausgleich des ALT- und angenommenen Neudefizits bis zum Jahre 2007 so nicht annehmbar.

An aller erster Stelle ist hier Punkt 4 des Maßnahmenkatalogs zu nennen. Wie ist der überhaupt zustande gekommen?

- Ich möchte nur einmal eins hervorheben, was mir bis heute immer noch die Sprache verschlägt. Das ist, dass man über städtische Unternehmen plaudert mit schwerwiegenden Folgen für diese und die Verantwortlichen der städtischen Verwaltungsspitze halten es nicht einmal für notwendig, mit den Spitzen der städtischen Unternehmen vorher darüber zu reden. Das sagt auch etwas über das Klima in dieser Stadt aus und über das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und seinen Unternehmen. Kritik daran ist deutlich hier ausgesprochen worden und ich möchte das hier noch einmal bekräftigen. Zurück zu dieser Position 4 aus dem sogenannten Maßnahmenkatalog der BMA. Diese Position hat sich ja mehrmals geändert. Heute haben wir von der Stadtverwaltung noch mal ein geändertes Papier vorgelegt bekommen. In dem Text steht drin, dass den Unternehmen sehr wohl gestattet wird, 123 Mio. Euro an die Stadt abzuführen, aber sie sollen insgesamt für 200 Mio. Euro aufkommen. Das kann ich nur, indem ich Bestände verkaufe. Wenn ich dies tue, kann ich natürlich von diesen Wohnungsunternehmen keinesfalls erwarten, dass sie noch in Höhe von ca. 120 Mio. Euro irgendwelche Gewinne oder Ergebnisabführungen vornehmen können. Der Schwachsinn eines solchen Vorschlages, der vielleicht dann aus der BMA kommt, ist nicht zu übertreffen. Man müsste eigentlich darüber nachdenken, diese Behörde sofort wieder aufzulösen. Das wäre ein sinnvoller Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Denn das was hier in mehrmonatigen Änderungen immer wieder vorgetragen wurde, ist bis heute keinesfalls unterlegt worden. Jede Woche neue Zahlen und neue Maßnahmen – es ist ein Trauerspiel. Das Problem ist nur, dass diese armen Menschen – und als solche bezeichne ich sie – die dort arbeiten müssen, wahrscheinlich dafür nicht einmal richtig etwas können. Denn der ursprüngliche Auftrag dieser BMA lautete eigentlich, zu helfen, möglicherweise die Probleme unserer städtischen Unternehmen zu lösen und dort entsprechende Hinweise zu geben und sie im Interesse der Stadtverwaltung zu begleiten. Die Position 4 wird von uns natürlich abgelehnt. Wir haben hierzu einen entsprechenden Änderungsantrag gemacht und der lautet im Unter-

schied zur CDU-Fraktion: „Die städtischen Wohnungsunternehmen GWG und HWG erbringen bis zum Jahr 2012 einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt in Höhe von 123 Mio. Euro.“ Das ist das Angebot, was die Unternehmen selbst unterbreitet haben. Im Unterschied zu ihnen werden Sie festgestellt haben, dass ich keinen Verweis gemacht habe auf das Konzept. Das hat seinen Grund. Sie haben davon gesprochen, dass mit 25 Mio. Euro die HWG die GWG kaufen soll. Das würde sicherlich zu etwas Unmut bei den Mitarbeitern führen trotz dessen, dass sich – wie Sie sagen – nur der Gesellschafter ändert. Damit haben wir die alte Diskussion von der Fusion wieder auf dem Tisch und um der aus dem Wege gehen zu wollen, wollen wir es bei dieser Formulierung belassen, so wie wir sie vorschlagen. Und wir haben eine weitere Änderung vorgeschlagen für dieses BMA-Papier: Wir wollen einen neuen Punkt 7 anfügen. Der Punkt 6 soll bestehen bleiben – der Punkt 7 soll lauten: „Die in den Positionen 4, 5 und 6 benannten Unternehmen sollen nach Möglichkeit über die festgelegten Beiträge hinaus weitere Konsolidierungsbeiträge erbringen.“ Und wir wollen noch einen 8. Punkt hinzufügen. Sie wissen, wir waren schon immer Vorkämpfer für den großen Regionalkreis, der nach unserer Ansicht für diese Region das wirtschaftlich und politisch Sinnvollste wäre. Die Landesregierung sieht das leider etwas anders. Wir haben einen Weg gefunden, einen Schritt zu gehen, der uns trotzdem helfen kann. Wir schlagen deshalb vor, folgenden Punkt einzuführen: „Die Stadt Halle verzichtet auf die Kreisfreiheit und begehrt den Beitritt zum neuen Kreis Merseburg-Saalkreis.“

(Das Bekenntnis der Stadt zur sozialen Verantwortung in der Wohnraumversorgung bleibt für uns eine unbedingte Voraussetzung für sicheres Wohnen in unserer Stadt, für soziale Integration und das friedfertige Zusammenleben von unterschiedlichen sozialen und finanziell belastbaren Bevölkerungsschichten. Hierzu ist es notwendig, dass die Stadt den Zugriff auf einen nicht unerheblichen Teil der kommunalen Wohnungsbestände behält.)

Zurück zum Haushalt:

Unser Vorschlag, eine größere VVV zu bilden, indem diese die Holdingfunktion auch für die städtischen Wohnungsunternehmen übernimmt – ähnlich der ursprünglichen Idee einer operativen Holding – und sie mit dem Selbsterwerbermodell zu verbinden, wurde einfach ad acta gelegt. Auch unser Vorschlag des Verzichts der Stadt Halle auf Ihre Kreisfreiheit wurde nicht einmal einer näheren Betrachtung unterzogen, obwohl auf diesem Wege erhebliche Entlastungen zu erwarten wären. War das nur eine Frage der Zeit?

Wie notwendig jedoch weitere ernsthafte Entscheidungen zur HHK sind - vor allem struktureller Natur - macht erneut der Umstand deutlich, dass zur Absicherung des laufenden Geschäfts der Stadtverwaltung auf Kassenkredite in einer erheblichen Größenordnung zurückgegriffen werden muss, die uns mit einer zusätzlichen Zinsbelastung im VWH bedrücken. Dennoch, es gibt noch etwas Positives zu berichten: Die Verwaltung hat einen VWH vorgelegt, der in seinen Gesamtausgaben noch geringer ist als im Jahr 2004 und dies, obwohl in 2005 z. B. erneut Tarifsteigerungen in den Personalkosten wirksam werden.

Das zeigt an, welche enormen Anstrengungen hier unternommen wurden und welchen Beitrag die Mitarbeiter im Rahmen der HHK der letzten Jahre erbrachten. Sie sind aber zum Teil auch Verschlechterungen der Betreuungsstandards im Kita-Bereich durch das seit 2 Jahren wirksame KIFöG des LSA geschuldet – 3,4 Mio. € wurden eingespart und über 100 Erzieherinnen in der Stadt auf die Straße gesetzt.

VMH/Finanzplanung

Ich möchte noch ein paar Worte zum Vermögenshaushalt und zur Finanzplanung verlieren. Ich denke, dass mit dem aufgestellten Vermögenshaushalt, vor allen Dingen mit der Höhe der jetzt veranschlagten Kreditaufnahme von ca. 7 Mio. € wahrscheinlich der Haushalt nicht genehmigt wird – egal, was wir heute beschließen werden. Warum das so ist, wissen wir auch. Weil es eine konkrete Auflage seitens des Landesverwaltungsamtes gibt.

Ich halte es deswegen für ziemlich kühn, dass die Stadtverwaltung dieses Unternehmen trotzdem wagt. Wenn sie es wagt, in diesem Punkt dem Landesverwaltungsamt die Stirn zu bieten, warum denn dann auch nicht an anderen Stellen? Deswegen bitte ich Sie, dass Sie unseren Vorschlägen zur Änderung der BMA-Liste folgen. Vielleicht kann Frau Häußler ja nicht nur was den Punkt „Kreditaufnahme“ betrifft, starke Schultern zeigen, sondern auch hier. Ich verweise im gleichen Zusammenhang auf die riesige Summe von Verpflichtungsermächtigungen, die sich natürlich auch mit der diesjährigen Kreditaufnahme verbinden lassen. Auch hier glaube ich nicht ernsthaft daran, dass das Landesverwaltungsamt dies zulassen wird. So gern wir die eine oder andere Investition getätigt hätten. Aber wir hätten genauso gut auch die eine oder andere Investition nicht gerne getätigt. Da will ich kurz etwas dazu sagen: Wir haben kaum Geld – schmeißen dieses aber zum Fenster raus. Auch wenn es um den Vermögenshaushalt geht, weil es bestimmte Objekte gibt, die bringen offensichtlich Geld. Und da denke ich z. B. an die nach wie vor geplante Saalebrücke, welche völlig überflüssig ist. Wenn man sich die Bevölkerungsprognosen für diese Stadt bis zum Jahre 2020 ansieht und den Teil der Bevölkerung, der dann möglicherweise motorisiert unterwegs ist, dann fragt man sich: Warum soll man an dieser Stelle Geld ausgeben, um weitere Straßen für motorisierte Bewohner dieser Stadt zu bauen, wenn bis zum Jahre 2020 vielleicht nur noch 60 % derer da sind, die überhaupt noch Auto fahren können oder dürfen? Oder wir bauen fleißig weiter an der Osttangente vierspurig aus. Wir hatten den Vorschlag gemacht, zur Einsparung von Mitteln der Stadt hier auf eine Zweispurigkeit zu gehen. Das ist mit großer Mehrheit von diesem Stadtrat abgelehnt worden und die Mittel stehen heute für den vierspurigen Ausbau immer noch im Haushalt.

Das wären konkrete Einsparvorschläge gewesen, die Sie hätten machen können, um hier auch den Finanzhaushalt zu entlasten und die Gefahr der Nichtbestätigung durch das Landesverwaltungsamt zu reduzieren.

Kurz und gut – wir werden dem Haushalt zustimmen, dem BMA-Papier, welches Bestandteil der Haushaltskonsolidierung ist, natürlich nur, wenn man dem Ansinnen unseres Änderungsantrages folgt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche für die weitere Diskussion viel Erfolg.“